

2. Tertialsbericht 2017

Dez.	Amt	Produkt- gruppe	Bezeichnung	prognostizierte Abweichung zum 31.12.2017 in € *	Erläuterung
1	110	Personal	Gesamtpersonalaufwand Stadt	0,00	Im Berichtszeitraum wurden gegenüber den Planwerten rd. 6,3 Mio. € weniger verausgabt. Ob dies zum Jahresende zu einer Verbesserung führen wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht prognostiziert werden.
1	110	Personal	Gesamtversorgungsaufwand	0,00	Im Berichtszeitraum wurden gegenüber den Planwerten rd. 2,9 Mio. € mehr verausgabt. Ein Grund dafür sind die Auszahlungen im Rahmen der Versorgungslastenteilung (Wechsel vom Dienstherrn Stadt Bielefeld zu anderen Dienstherrn). Ob dies zum Jahresende zu einer Verschlechterung führen wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht prognostiziert werden.
OB	170	11.01.27	Förderung der Integration von Migranten	142.206,00	Verbesserung bedingt durch höhere Zuschüsse
OB	300	11.01.11	Recht	0,00	Es ist absehbar, dass es im Bereich Haftpflicht zu Mehrausgaben kommen wird. Diese können ggf. durch bisher niedrigere Ausgaben im Bereich der Prozesskosten ausgeglichen werden.
1	200	11.15.04	Beteiligung an der BBVG mbH	563.145,00	Verbesserung bedingt durch geringere Aufwendungen, da die Einstellung in die Sonderposten für Gewinne der MVA geringer als geplant ausfällt. Weiterhin fällt die Gewinnausschüttung der BBVG höher aus als geplant. Dagegen stehen Mehraufwendungen, da der vertraglich vereinbarte Ausgleich der Bäderverluste sowie die Stadthallenverluste höher ausfallen als geplant. (Die Stadthallenverluste stellen, ebenso wie die fiktive verdeckte Gewinnausschüttung der BBVG für die Stadthallenverluste eine fiktive Größe im städt. Haushalt dar und haben daher keinen Einfluss auf das Jahresergebnis.)
1	200	11.15.05	Beteiligung an Stadtwerke Bielefeld GmbH	1.056.000,00	Verbesserung, da aufgrund eines höheren Energieabsatzes sich die auf die Absatzmenge bezogene Konzessionsabgabe erhöht.
1	200	11.16.01	Allgemeine Finanzwirtschaft	30.652.094,00	Eine Verbesserung insbesondere aufgrund höherer Gewerbesteuereinnahmen bedingt durch eine gute Entwicklung der Konjunktur (+29,3 Mio. € netto). Zudem ist eine Verbesserung von 2,2 Mio. € bei den Erträgen aus der Wohngeldersparnis des Landes und der Erstattung des Landes für die Beteiligung der Kommunen an den Einheitslasten zu erwarten. Ebenfalls ergibt sich eine Verbesserung um 289.545 € aufgrund höherer Kompensationsleistungen für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs und für Verluste im Zusammenhang mit dem Steuervereinfachungsgesetz 2011. Dagegen stehen geringere Zinserträge nach § 233a AO (Verzinsung von Steuernachforderungen und Steuererstattungen) i.H.v. 900.000 € sowie 30.584 € geringere Schlüsselzuweisungen und weniger Einnahmen bei der Grundsteuer B (135.617 €) sowie bei der Wettbürosteuer (55.000 €) als geplant.
2	150	11.01.24	BürgerServiceCenter	22.816,00	Verbesserung durch sparsame Mittelbewirtschaftung.
2	150	11.02.11	Personenstandswesen	15.000,00	
2	400	11.03.02	Zentrale Leistungen des Schulträgers	0,00	Eine Prognose lässt sich angesichts des ungewissen Umfangs bereits erbrachter bzw. bestellter, aber noch nicht abgerechneter Leistungen nicht sachgerecht aufstellen.

2. Tertialsbericht 2017

Dez.	Amt	Produktgruppe	Bezeichnung	prognostizierte Abweichung zum 31.12.2017 in € *	Erläuterung
2	470	11.04.05	Musik- und Kunstschule	0,00	Voraussichtlich wird der geplante Ansatz eingehalten. Eine Unwägbarkeit ergibt sich wegen der Sanierung der MuKu notwendige Umzug in Ausweichquartiere und sich ggf. daraus ergebene Kündigungen der Nutzer.
3	320	11.02.02	Gewerbewesen	-48.000,00	Verschlechterung aufgrund Mindereinnahmen resultierend aus der geringeren Anzahl von Gewerbeanzeigen sowie geringeren Einnahmen aus Ordnungswidrigkeitenverfahren (Stellenbesetzung erfolgte später als erwartet zum August).
3	320	11.02.08	Fahr- und Beförderungserlaubnisse	45.000,00	Verbesserung aufgrund guter konjunkureller Lage.
3	320	11.02.09	Kfz-Angelegenheiten	140.000,00	Verbesserung aufgrund guter konjunkureller Lage.
3	320	11.02.21	Verkehrsordnungswidrigkeiten	-630.000,00	Verschlechterung aufgrund von Mindereinnahmen u.a. durch Sondereinsätze (z.B. DSC Arminia), die zu wenig Erträgen führen sowie durch Krankheitsfälle. Weiterhin geringere Fallzahlen (Blitzvorgänge) auf der A2 (Austausch der Kameras).
3	320	11.02.28	Wochenmärkte	-126.000,00	Verschlechterung aufgrund von Mindereinnahmen bei den Gebühren.
3	360	11.11.02	Abfallüberwachung	4.500,00	Verbesserung im Gebührenhaushalt.
3	360	11.11.03	Vorflutsicherung und Abwasserkontrolle	-26.250,00	Verschlechterung im Gebührenhaushalt aufgrund der Verschiebung von Maßnahmen in das Folgejahr, so dass sich die als Erträge berücksichtigten Eigenleistungen verringern.
3	360	11.13.04	Wasser und Wasserbau	-52.500,00	Verschlechterung da geplante Maßnahmen teils nicht umgesetzt werden konnten, so dass sich die als Erträge berücksichtigten Eigenleistungen verringern.
3	370	11.02.18	Luftrettung	-180.000,00	Verschlechterung im Gebührenhaushalt. Geringere Gebühreneinnahmen aufgrund von niedrigeren Einsatzzahlen bis Ende August (2016: 866, 2017: 731, d.h. -135 Einsätze/ -15,6 %), da durch eine exaktere Kalkulierung durch das neue Einsatzleitstellenprogramm "Cobra 4" zur Anforderung des Rettungshubschraubers sich das abzudeckene Gebiet verkleinert hat. Weiterhin wurden in den umliegenden Kreisen der Trägergemeinschaft weitere Standorte für die bodengebundene Rettung eingerichtet, so dass sich aus diesen Bereichen weniger Anforderungen ergeben.
3	530	11.02.03	Lebensmittelüberwachung	0,00	Ein Ergebnis kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht prognostiziert werden.
3	530	11.02.04	Veterinärwesen/Artenschutz	10.000,00	Verbesserung aufgrund von Minderaufwendungen im Bereich der Tierkörperbeseitigung.
3	530	11.02.05	Fleischhygiene	5.000,00	Verbesserung aufgrund von Minderaufwendungen bedingt durch einer geringeren Anzahl von Schlachtungen.
3	530	11.07.01	Gesundheitsförderung	10.000,00	Verbesserung aufgrund von Minderaufwendungen.
3	530	11.07.02	Gutachten/Stellungnahmen	0,00	Ein Ergebnis kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht prognostiziert werden.
3	530	11.07.04	Gesundheits- und Infektionsschutz	10.000,00	Verbesserung aufgrund Mehrerträge bei den Verwaltungsgebühren.
4	600	11.10.01	Maßnahmen der Bauaufsicht	1.200.000,00	Verbesserung im Bereich der ö-r Leistungsentgelten (Baugebühren und Verwaltungsgebühren).
4	600	11.10.04	Wohnungsbauförderung	-100.000,00	Geringere ö-r Leistungsentgelte (Verwaltungsgebühren) aufgrund weniger Anträge auf Eigentumsförderung.
4	620	11.09.03	Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten	-29.000,00	Verschlechterung aufgrund geringerer Anzahl von Vermessungsanträgen.

2. Tertialsbericht 2017

Dez.	Amt	Produkt- gruppe	Bezeichnung	prognostizierte Abweichung zum 31.12.2017 in € *	Erläuterung
4	620	11.09.04	Geoinformationsdienste, -datenmanagement	64.600,00	Verbesserung, da weiterhin viele Daten und Dokumente des Liegenschaftskatasters kostenpflichtig angefordert werden, obwohl diese seit 01.01.2017 als Open-Data über ein Landesportal kostenfrei erhältlich sind.
4	620	11.09.06	Grundstückswertermittlung	-10.000,00	Verschlechterung aufgrund zwischenzeitlicher geringerer Anzahl von Wertgutachten.
4	660	11.02.07	Verkehrsangelegenheiten	30.000,00	Verbesserung durch höhere Erträge.
4	660	11.12.01	öffentliche Verkehrsflächen	417.000,00	Verbesserung aufgrund höhere prognostizierte Erträge bei den Sondernutzungs-, Verwaltungs- und Parkgebühren.
4	660	11.12.04	ÖPNV; Mehrerträge	-283.000,00	Minderertrag im Bereich der Zuschüsse verbundene Unternehmen, da die HSK-Maßnahme "Entzerrung der Schulbeginnzeiten" bislang noch nicht realisiert wurde.
5	500	11.05.01	Grundsicherung für Arbeit	7.079.465,00	Verbesserung aufgrund: > 3,8 Mio. € Mehrerträgen bei der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (KdU). Durch die vollständige Entlastung der Kommunen von den Kosten der Unterkunft für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte (+5 Mio. €) (KdU) und Mindererträgen durch die Reduzierung der KdU (-1,2 Mio. €) ergibt sich bei der Bundesbeteiligung an den Kosten der KdU für diesen Personenkreis eine Verbesserung. > 3,3 Mio. € Minderaufwendungen bei den Kosten für Unterkünfte nach dem SGB II, da aufgrund der Fallzahlentwicklung bei den Asyl- und Schutzberechtigten und gesteigerten Integrationserfolgen im Bereich der Langzeitleistungsbezieher die kalkulierten Fallzahlen voraussichtl. nicht erreicht werden.
5	500	11.05.02	Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	-9.030.000,00	Durch ein verändertes Verfahren der Landeszuweisung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz und weiter rückläufige Fallzahlen nach dem AsylbLG wird mit Mindererträgen von rd. 16,1 Mio. € gerechnet. Dagegen steht ein Minderbedarf von rd. 8,9 Mio. €. Aufgrund von Zuständigkeitsverlagerungen entstehen 1,8 Mio. € Mehraufwendungen (Zuständigkeit für alle ambulanten Leistungen nach Kap. 5-9 SGB XII für Fälle im ambulanten Wohnen wechselt vom örtlichen Träger zum LWL, PG 11.05.03. Im Gegenzug wechselt die Zuständigkeit für die Leistungen für den Lebensunterhalt des o.g. Personenkreis vom LWL zur Stadt, PG 11.05.02)

2. Tertiärsbericht 2017

Dez.	Amt	Produkt- gruppe	Bezeichnung	prognostizierte Abweichung zum 31.12.2017 in € *	Erläuterung
5	500	11.05.03	Vorbeugende, sichernde und infrastrukturelle Leistungen	1.687.512,00	Verbesserung aufgrund: > von Zuständigkeitsverlagerungen entstehen 1,8 Mio. € Minderaufwendungen (Zuständigkeit für alle ambulanten Leistungen nach Kap. 5-9 SGB XII für Fälle im ambulanten Wohnen wechselt vom örtlichen Träger zum LWL, PG 11.05.03. Im Gegenzug wechselt die Zuständigkeit für die Leistungen für den Lebensunterhalt des o.g. Personenkreis vom LWL zur Stadt, PG 11.05.02) > Minderaufwendungen von 1,8 Mio. € bei der stationären Pflege durch die Pflegereformen > Mehraufwendungen i.H.v. 1,86 Mio. € für die Unterbringung der Flüchtlinge (davon 1,26 Mio. € nachzuzahlende Bewirtschaftungskosten aus 2016 an die BGW sowie 0,6 Mio. € zusätzliche Kosten für Sicherheitsdienste an den Containerstandorten aufgrund der von der Versicherung geforderten Doppelbesetzung und die 24 Std. Betreuung).
5	510	11.01.67	JHA, UA-JH, Bd. f. Familie, Mädchenbeirat	2.746,00	
5	510	11.05.07	Unterhaltsvorschuss	-2.025.293,00	Verschlechterung aufgrund der Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes zum 01.07.2017, wodurch der Kreis der Leistungsberechtigten und die Anspruchsdauer erheblich ausgeweitet wurde. Es wird eine Erstattung durch das Land erwartet, die jedoch nicht mehr (vollständig) im HH 2017 verbucht werden kann.
5	510	11.06.01	Förderung von Kindern/Prävention	4.105.471,00	Verbesserung aufgrund geringerer Transferleistungen an freie Träger (2,65 Mio. €) bedingt durch noch nicht realisierte Betreuungsplätze insb. für Kinder aus Flüchtlingsfamilien im Vorschulalter. Zudem höhere Erträge im Bereich der Elternbeiträge (1,5 Mio. €).
5	510	11.06.02	Förderung von Familien	3.000.000,00	Verbesserung aufgrund einer abnehmenden Zahl bei der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und insbesondere aufgrund höhere Kostenerstattungen des Landes für diesen Personenkreis. Teile dieser Erträge beinhalten auch die Erstattungen der Transferleistungen aus Vorjahren, die nicht mehr früheren Haushaltsjahren zugeordnet werden können.

37.722.512,00

* ein negativer Wert bedeutet eine Verschlechterung, ein positiver Wert eine Verbesserung